

Merkel, Wolfgang

**Book Part — Digitized Version**

## Warum brach das SED-Regime zusammen?: Der "Fall" (der) DDR im Lichte der Demokratisierungstheorien

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Merkel, Wolfgang (1991) : Warum brach das SED-Regime zusammen?: Der "Fall" (der) DDR im Lichte der Demokratisierungstheorien, In: Ulrike Liebert, Wolfgang Merkel (Ed.): Die Politik zur deutschen Einheit: Probleme - Strategien - Kontroversen, ISBN 3-8100-0884-2, Leske + Budrich, Opladen, pp. 19-49

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112499>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

## Warum brach das SED-Regime zusammen?

Der „Fall“ (der) DDR im Lichte der Demokratisierungstheorien

*„Erst dann, wenn die „Unterschichten“ das Alte nicht mehr wollen und die „Oberschichten“ in der alten Weise nicht mehr können, erst dann kann die Revolution siegen.“*

Lenin, Werke, Bd. 31, 71

Wir werden gegenwärtig Zeugen einer „Großen Transformation“, die möglicherweise tiefer gehen aber auch widersprüchlicher verlaufen wird, als jene, die Karl Polanyi 1944 in seinem berühmten Buch „The Great Transformation“ eindrucksvoll beschrieben hat (Polanyi 1977). Polanyi untersucht Stadien und Formen, in denen sich die Durchsetzung von nationalen, sich selbst regulierenden kapitalistischen Märkten zu einem globalen System vollzogen hat. Damit, so seine Diagnose und Voraussage, sei nicht nur das Ende der europäischen Zivilisation des 19. Jahrhunderts zu beklagen, sondern es würden auch die Strukturen der traditionellen europäischen Gesellschaft zerstört, und in letzter Konsequenz die Vernichtung der menschlichen Arbeitskraft und seiner Umwelt betrieben.

45 Jahre später, noch bevor die autoritären Regimes der DDR, Bulgariens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, Polens und Ungarns zusammenbrachen oder sich einem tiefgreifenden Wandel zu unterziehen begannen, macht uns Lucian Pye auf einen anderen Aspekt der sich rasant beschleunigenden Internationalisierung der Weltwirtschaft aufmerksam, den Polanyi nicht sah, freilich nicht sehen konnte (Pye 1990: 5ff). Die sich teilweise selbst steuernden Märkte haben transnationale ökonomische Akteure und Kräfte hervorgebracht und haben den technologischen und informationellen Wandel forciert. Dies hat aber nicht nur zu einer kulturellen Homogenisierung westlicher Gesellschaften geführt, wie Polanyi vorausgesagt hat, sondern hatte im Zusammenspiel mit anderen Entwicklungen auch den „positiven“ Effekt, daß autoritäre Regierungen gezwungen wurden, ihre nationalen Wirtschaften und Gesellschaften zu öffnen und den restriktiven Zugang zu Herrschaftspositionen und Beteiligungschancen ihrer politischen Systeme zu liberalisieren (ibid.: 6). Verweigerten sich die Führungseliten autoritärer Regimes diesem ökonomischen und politischen Modernisierungsimperativ oder „kamen zu spät“, wurden sie, wenn offene Repression keinen Ausweg mehr bot, mit ihrer völligen Entmachtung und dem Zusammenbruch der autoritären Herrschaftsstrukturen

„bestraft“. Ließen sie Liberalisierungsversuche zu oder initiierten sie gar, bedeuteten diese häufig den Anfang vom Ende autoritärer Herrschaft.

Begreift man die Kette der Zusammenbrüche autoritärer Regimes tatsächlich als eine neue „große Transformation“, können die Jahre 1974/5 als der Beginn betrachtet werden. In diesen beiden Jahren fand die Herrschaft der Diktaturen in Portugal, Griechenland und Spanien ein Ende (vgl. u.a. Pridham 1984; O'Donnell/ Schmitter/ Whitehead 1986; Kraus 1990; Merkel 1990). Und diese endeten nicht trotz der Transnationalisierung der Kapital- und Gütermärkte, sondern diese wirkte katalysierend (EG-Beitrittswunsch) auf den Regimewandel und konsolidierend auf die nachfolgende Demokratisierung ein. Eine zweite Demokratisierungswelle setzte in der ersten Hälfte der 80er Jahre in Lateinamerika ein: die autoritären Regimes der Militärs brachen zusammen (Argentinien) oder fühlten sich gezwungen, Demokratisierungsversuche zuzulassen oder gar selbst einzuleiten. Es war dies der Fall in Ecuador (1978/9), Peru, Argentinien, Brasilien, Uruguay, Bolivien und — mit zeitlicher Verzögerung — auch in Chile (vgl. u.a. Nohlen 1986; O'Donnell/ Schmitter/ Whitehead 1986). Noch in den 60er und zu Beginn der 70er Jahre waren diese Regimes unter der Doktrin der „Nationalen Sicherheit“ zur Rettung des Vaterlandes vor linker Subversion und zur politisch-autoritären Absicherung einer forcierten liberal-kapitalistischen Modernisierung etabliert worden. Doch schon zu Beginn der 80er Jahre wurde klar, daß sie gerade an der Aufgabe der ökonomischen Modernisierung (Teilausnahme Brasilien, Chile) gescheitert waren.<sup>1</sup>

Gleichsam einem „regionalen Dominoeffekt“ folgend, kam es Ende der 80er Jahre zu einer dritten großen Demokratisierungswelle in Osteuropa (von Beyme 1990). Tiefgreifende Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft kündeten teils als Vorboden den Regimewandel des politischen Systems an (Ungarn, Polen), teils sind diese gesellschaftlichen Reformen erst als Ergebnisse der Demokratisierungsprozesse entstanden und im Entstehen begriffen (DDR, Tschechoslowakei). Demgegenüber sind die Entwicklungen in Bulgarien, Rumänien, und der Sowjetunion in ihrem Fortgang und ihren Ergebnissen zu offen, unsicher und kontingent, als daß hier schon von tragfähigen Demokratisierungs- oder gar kapitalistischen Transformationsprozessen gesprochen werden könnte.

Diese politisch-ökonomische „große Transformation“ nahm im Fall der DDR nach dem Aufbruch der Demokratiebewegung und dem abrupten Zusammenbruch des SED-Regimes rasch Züge an, die vor dem Hintergrund der Prognosen Polanyi's eigentümlich erscheinen müssen, die modernisierungstheoretische Argumentation Lucian Pye's aber zumindest teilweise stützen. Denn obwohl die DDR die leistungstärkste Wirtschaft innerhalb des RGW aufwies, vollzog sich dort der Regimewandel am raschesten und verwandelte die Demokratiebewegung innerhalb kürzester Zeit in eine dezidiert prokapitalistische, nationale „Wiedervereinigungs“-Bewegung mit der Bundesrepublik.

Spätestens die „founding elections“ im Frühjahr 1990 machten deutlich, daß die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung für die umgehende Übernahme des westdeutschen kapitalistischen Modells und demokratischen Systems votierte. So erschienen auch Typus und Spielregeln der entstehenden Demokratie und Wirtschaftsform in der DDR zu einem sehr viel früheren Zeitpunkt des Regimewandels festgelegter als in allen anderen in der Entstehung begriffenen Demokratien Osteuropas.

## *1. Theorien und Konzepte zur Erklärung des Regimewandels in der DDR*

Wie lassen sich diese und andere Besonderheiten des als „friedliche Revolution“ bezeichneten Regimewandels über die bloße Deskription hinaus systematisch-theoretisch erfassen? Grundsätzlich scheinen uns vier Forschungsrichtungen dafür zur Verfügung zu stehen:

1. Die empirische Revolutionsforschung
2. Die DDR-Forschung
3. Modernisierungstheorie
4. Die Demokratisierungs- und „Transitions“-Forschung

*1. Die empirische Revolutionsforschung:* Läßt sich der Regimewandel in der DDR überhaupt als „(friedliche) Revolution“ beschreiben, wie es Politiker und öffentliche Meinung suggerieren? Wenn ja, ergeben sich daraus theoretische Konsequenzen in der Analyse der Transformationsprozesse?

Wenn Revolution, wie insbesondere in der sozialpsychologisch orientierten US-amerikanischen Revolutionsforschung, schlicht als Unterfall von kollektiver Gewalt angesehen wird<sup>2</sup>, oder etwa in den Untersuchungen zu Revolutionen in der Dritten Welt die initiierende Funktion von Eliten als unverzichtbar betont wird (Krumwiede 1985: 874), wird man den Zusammenbruch des SED-Regimes und die Entstehung eines demokratischen Systems kaum als Revolution beschreiben können. Verzichtet man allerdings auf diese empirisch wie theoretisch kaum begründbare Einengung des Begriffs, lassen sich Revolutionen als besondere Formen des sozialen und politischen Wandels definieren: nämlich als rasche, tiefgreifende Veränderung der politischen und sozialen Verhältnisse. Wenn es also sozialen Gruppen gelingt, „die vom Zugang zur Inhaberschaft von staatlichen Herrschaftspositionen mehr oder minder vollständig und permanent ausgeschlossen sind, einseitig die Inhaberschaft von Herrschaftspositionen so umzuverteilen, daß damit neue effektive Kriterien zur Regelung des Zugangs zu (und des Verlustes von) Herrschaftspositionen begründet werden“ (Rittberger 1973: 41/2), kann von Revolution gesprochen werden. Allerdings begrenzt Rittberger selbst die Reichweite seiner Defini-

tion, wenn er von der „*einseitigen*“ Neuverteilung der Herrschaftspositionen spricht. Wenn es aber einen Minimalkonsens liberaler Demokratietheorien hinsichtlich unverzichtbarer Bestandteile von Demokratie gibt, dann diesen: Die Zugänge zu politischer Partizipation und politischen Herrschaftsfunktionen müssen formal *allen* Staatsbürgern in gleicher Weise offen stehen. Robert Dahl nennt diese essentielle Dimension von Demokratie „*inclusiveness*“ (Dahl 1971: 7).

Berücksichtigt man neben Rittbergers abstrakter Begriffsbestimmung folgende vier essentiellen Elemente, lassen sich die Umwälzungen in der DDR durchaus als friedliche, demokratische, wenn auch „*nachholende*“ (Habermas) Revolution kennzeichnen:

- der neue Zugang zu Herrschaftspositionen des Staates wurde nicht neu einseitig geregelt, sondern garantiert universelle Offenheit;
- die Umwälzungen betreffen nicht nur das politische System, sondern beziehen auch die ökonomische und soziale Dimension mit ein;
- auch nicht-gewaltsame Umbrüche müssen Revolutionen genannt werden können;
- Revolutionen müssen nicht immer innovative Prinzipien gesellschaftlicher Entwicklung zu verwirklichen suchen, sie können auch „*nachholenden*“ Charakter haben (vgl. Habermas 1990).

Alle vier Punkte lassen sich in Verlauf und Ergebnis des Regimewandels in der DDR klar erkennen. Der neue Zugang zu Herrschaftspositionen im politischen System ist mit den ersten freien, gleichen und geheimen Wahlen im März 1990 nach universalistischen Prinzipien liberaldemokratisch-pluralistischer Verfahrensweisen geregelt worden und hat damit den Exklusiv-, autoritären Führungs-, ja Alleinvertretungsanspruch der Staatspartei SED abgelöst.

Analog dazu werden nach den liberalen Prinzipien der Marktwirtschaft auch die Macht-, Einfluß- und Ressourcenverteilung in der ökonomischen Sphäre neu geregelt. Sie lösen ein Produktions- und Verteilungsmuster ab, das in der Theorie zwar nach dem sozialistischen Prinzip der gesellschaftlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel konstruiert war, faktisch jedoch über die staatsbürokratische Organisation noch exklusiver funktionierte als der ungleich verteilte Privatbesitz an Produktionsmitteln und Ressourcen in Marktökonomien. In jedem Fall bedeutet der Umbruch der wirtschaftlichen und damit auch der sozialen Beziehungen in der DDR einen ebenso fundamentalen Wandel, wie jener, der sich auf der politischen Ebene schon vorher vollzogen hatte. Auch wenn die „*nachholende Revolution*“ in der DDR durch einen „*fast vollständigen Mangel an innovativen, zukunftsweisenden Ideen*“ (Habermas 1990: 181) gekennzeichnet war, gewissermaßen der „*Sozialismus*“ sich als Gesellschaftsformation zwischen Kapitalismus und Kapitalismus erwies, können wir von einer Revolution sprechen, da der Zugang zu politi-

schen, ökonomischen und sozialen Herrschaftspositionen und Ressourcen in fundamentaler Weise neu geregelt wurde.

Die empirische Revolutionsforschung beschäftigt sich zwar mit der Untersuchung politischer, ökonomischer, sozialer und sozialpsychologischer Ursachen, die revolutionären Umbrüchen zugrunde liegen. Sie vermag aber kaum etwas über postrevolutionäre Entwicklungen auszusagen. Sie schweigt gänzlich, wenn es um den besonderen Fall eines revolutionären Wandels von einem autoritären Regime zu einem *demokratischen* politischen System geht. Nachrevolutionäre Demokratisierungsprozesse liegen jenseits des Erkenntnisinteresses der empirischen Revolutionsforschung. Aus diesem Grunde lassen sich mit der empirischen Revolutionsforschung im allgemeinen und Rittbergers Begriffsbestimmungen im besonderen zwar definitorische Annäherungen an den politischen Umbruch in der DDR unternehmen. Theorien, Konzepte oder auch nur Typologien zur Untersuchung und systematischen Erfassung des Regimewandels dort lassen sich jedoch aus ihr nicht gewinnen.

2. *Die DDR-Forschung*: Sucht man in der bundesrepublikanischen DDR-Forschung nach theoretischen Konzepten zur Erklärung des Zusammenbruchs des SED-Regimes, wird man enttäuscht. Auch die Suche nach systematischen Ansätzen zur Analyse von Demokratisierungsprozessen in den autoritären Regimes des real existierenden Sozialismus verläuft nicht erfolgreicher. Noch 1988 und 1989 erschienen unter der Autor- und Herausgeberschaft von Gert Joachim Glaeßner zwei Bücher zu Politik, Kultur und Gesellschaft der DDR, die durchgängig das Bild einer zwar mit Defiziten behafteten, aber *stabilen* „zweiten“ deutschen Republik suggerieren (Glaeßner 1988: 989). Nur ein Jahr vor dem Sturz des alten DDR-Regimes schrieb Glaeßner in dem ersten Satz des Bandes *„Die DDR in der Ära Honnecker“*: „In den über 15 Jahren der Ära Honnecker hat die DDR an internationalem Gewicht und innerer Stabilität gewonnen“ (1988: 11)<sup>3</sup>. Auch in seiner „nachrevolutionären“ Analyse über „Ursachen und Konsequenzen der Systemkrise in der DDR“ verharrt Glaeßner stark in der theorieenthaltenden Tradition der Exegese von Tages- und Wochenpresse der DDR oder offiziellen Erklärungen der damals noch staatstragenden Eliten der SED und der Blockparteien. Glaeßner ist kein Einzelfall. Hier offenbart sich vielmehr ein generelles Problem der DDR-Forschung. Da ihr sozialwissenschaftliche Feldstudien verwehrt waren, begnügte sie sich häufig mit der Analyse der leicht zugänglichen offiziellen Dokumente und Verlautbarungen. Daß sie daraus in erster Linie die Stabilität des ökonomischen, sozialen und politischen Systems ableiteten und die sich wandelnde Akzeptanz des Regimes in der Bevölkerung vernachlässigte, liegt nahe. „Eine solche eher systemimmanente und dabei unkritische Betrachtungsweise“ (Bleek 1990: 13) mußte die Bevölkerung als Objekt, nicht jedoch als mögliches Subjekt eines Regimewandels wahrnehmen. Die mitunter plumpe und ideologisch aufgeladene, betont antikommunistische Richtung der DDR-Forschung

wollte die Instabilitäten der kommunistischen Herrschaftsorganisation nicht sehen. Es hätte ihren rituellen Warnungen vor dem Expansionsdrang und der Infiltrationssucht des auf den Revolutionsexport leninistisch verpflichteten Kommunismus vermutlich die Spitze genommen. Aber auch die seit Christian Peter Ludz vorherrschende seriösere „systemimmanente Methode“ verengte sich durch ihre angestrengte Werturteilsfreiheit und prognostische Enthaltbarkeit möglicherweise den realistischen Blick auf Entwicklungsperspektiven über den real existierenden Sozialismus hinaus.

Eine der wenigen Ausnahmen ist Dietrich Staritz. Er hat 1988 in dem erwähnten Sammelband zur Ära Honnecker strukturelle Modernisierungsprobleme der DDR diagnostiziert, den sich abzeichnenden Wertewandel der jüngeren Generation beobachtet und die nachlassende Integrationskraft des überkommenen, subalternen gesellschaftlichen Integrationsmodus angedeutet (vgl. Staritz 1988: 298). Diesen Argumentationsstrang hat er in einem jüngst erschienenen Aufsatz wiederaufgegriffen (Staritz 1990). Aus der Retrospektive versucht er noch einmal jene Gründe zu benennen, die über 40 Jahre die Existenz der DDR sicherten: Verfügungsmonopol über politische Machtmittel und Kontrolle materieller Ressourcen; Teileinwilligungen und Arrangements vieler DDR-Bürger über einen bescheiden ausgestatteten „Sozialvertrag“ (Staritz 1990: 23) zu und mit den Verhältnissen des real existierenden Sozialismus; den „sozialgeschichtlich eingeschliffenen Hang zur Konformität“ (ibid.: 19); die präventive Ausbürgerung von Systemoppositionellen; die Garantie der SU und des sozialistischen Lagers für die Eigenstaatlichkeit der DDR. Der Fall und die Erosion mancher dieser Säulen brachte das autoritäre System in Bedrängnis und offenbarte sehr rasch die begrenzte Krisenbewältigungskompetenz der Regimeeliten. „Die meisten (wie auch ich)“ — so Staritz — „haben beim Blick auf die DDR dazu geneigt, die Elastizität von Partei und Staat zu überschätzen“ (ibid.). Obwohl Staritz zwischen langfristigen (blockierte Modernisierungs- und Lernpotentiale des Systems) und kurzfristigen Krisenursachen (Aufgabe der Grenzsicherungsgemeinschaft durch Ungarn) unterscheidet, obwohl er überzeugende sozialisationstheoretische Gründe für die Kündigung des „Sozialvertrages“ durch die jüngere Generation vorzubringen hat, außenpolitische und kultursoziologische Gründe für das letztendliche Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ anführen kann, entbehrt auch seine Analyse eines systematischen Untersuchungsrahmens. Auch Staritz nimmt die Theorien, Konzepte oder Ergebnisse aus der Demokratisierungs- und Transitionsforschung „westlicher“ autoritärer Systeme nicht zur Kenntnis. Bisher jedenfalls hat es die DDR-Forschung versäumt, über die informierte Deskription hinausreichende Erklärungen zum Regimewandel der Deutschen Demokratischen Republik anzubieten. Mit ihren herkömmlichen Methoden und Ansätzen wird sie dazu auch kaum in der Lage sein.

3. *Modernisierungstheorien*: Lucian W. Pye, selbst einer der herausragenden Modernisierungstheoretiker der 60er Jahre (vgl. u.a. Pye 1966) sieht im Zusammenbruch und den „erzwungenen“ Reformen in den autoritär-staatssozialistischen Regimes Osteuropas eine späte Rechtfertigung zentraler Annahmen der Modernisierungstheorie (Pye 1990: 7ff). Und er kann Argumente dafür vorbringen: Wirtschaftswachstum, die exponentielle Ausbreitung von Wissenschaft und Technologie, der Ausbau der Bildungsbereiche und der Siegeszug vielfältiger, die nationalen Grenzen überwindender Kommunikationssysteme haben zweifellos zur Erosion der Legitimität autoritärer Systeme in Osteuropa beigetragen. Die Weiterentwicklung von Fernsehen, Satelliten und Mikrochips machten es insbesondere dem herrschenden SED-Regime immer schwerer, die DDR-Gesellschaft von den politischen, intellektuellen und kulturellen Entwicklungen abzuschotten. „Der Klassenfeind, der jede Nacht in Gestalt des Westfernsehens in die Wohnzimmer der DDR-Bevölkerung kam“ (von Beyme 1990: 173), verankerte Werte und Produkte der westlichen Konsumkultur fest in der Bedürfnisstruktur von Bürgern, die tagtäglich erlebten, daß ihr eigenes System, trotz aller Fortschritts- und „Vorwärts“-Ideologie nicht in der Lage war, diese Bedürfnisse zu befriedigen. Die so vorgeführte Überlegenheit der kapitalistischen Moderne mußte der neben Egalitätszielen insbesondere der Idee des materiellen Fortschritts verpflichteten Ideologie des „real existierenden Sozialismus“ eine kontinuierliche Abschmelzung der eigenen Legitimation eintragen. Verschärft wurde diese Legitimationsproblematik durch die ungleiche Entwicklung gesellschaftlicher Subsysteme. Während das Bildungssystem immer mehr Personen besser ausbildete, konnte das ökonomische Subsystem nicht ausreichend angemessene Berufs- und Karrieremöglichkeiten für diese besser ausgebildeten Schichten bereitstellen. Zudem führte die politische Monopolisierung ideeller und materieller Güter oder Chancen zu einer staatlich-autoritär verfügbaren Differenzierung von Gratifikationen und Einkommen, die von individueller Leistung und Ausbildung abgekoppelt war, oder gar zu enormen Einkommensunterschieden zwischen gleichen Qualifikations- und Leistungsgruppen (Wielgoß/Schulz 1990: 23) führte. Die solchermaßen ökonomisch und politisch blockierten Karriere- und Selbstverwirklichungschancen führten nach Aussage der beiden DDR-Soziologen zu einer wachsenden Unzufriedenheit, gerade auch unter den gut ausgebildeten Bevölkerungsgruppen.

Die Deutung des Doppelaspektes ungleich verlaufender Modernisierung zweier unterschiedlicher Gesellschaftssysteme innerhalb einer Nation kann allerdings nicht nur der Modernisierungstheorie überlassen werden. Denn das auch im osteuropäischen Vergleich Einzigartige am Regimewandel in der DDR ist die Existenz der BRD als *der* unangefochtenen *Referenzgesellschaft*. Die Orientierung eines wachsenden Teils der DDR-Bevölkerung an den gesellschaftlichen Freiheitsräumen und Konsumstandards der westdeutschen Nachbarn stellte eine beständige Herausforderung für das SED-Regime dar. Eine Herausforderung, die sie auf diesen beiden Ebenen tagtäglich verlor.

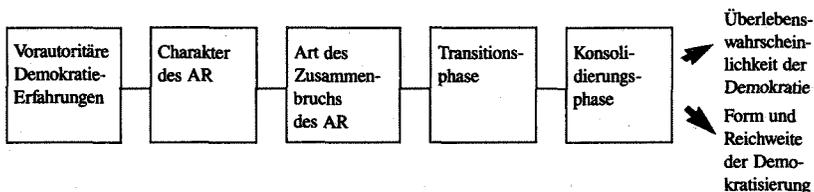
Aber auch wenn man, wie ich, die Modernisierungstheorie nicht nur als ökonomische Requisiteerklärung für Demokratisierungsprozesse interpretiert, bleibt zu konstatieren, daß sie nie ihr struktur-funktionalistisches Vorurteil verlor, das zu deterministischer Deutung gesellschaftlicher Entwicklung verführt. Darüberhinaus ist die Variable Modernisierung oder wirtschaftliche Entwicklung in ihrer Wirkung auf Demokratisierungsprozesse in einer besonderen Weise funktional ambivalent: erfolgreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung kann ebenso zur Destabilisierung autoritärer Regimes beitragen (z.B. Spanien) wie in anderen Kontexten wirtschaftlicher Mißerfolg (z.B. Argentinien). In dieser Hinsicht kann allgemein gelten, was Dieter Nohlen für Lateinamerika festgestellt hat: „Die Variable ‚wirtschaftliche Entwicklung‘ kann demnach in ihren extremen Ausprägungen ein- und dasselbe Ergebnis, nämlich Destabilisierung autoritärer Herrschaft verursachen“ (Nohlen 1986: 10). Zur Vermeidung solcher Kontingenz und deterministischer ex-post-Interpretationen des Übergangs von autoritären Regimes zu Demokratien, müssen modernisierungstheoretische Annahmen durch akteurs-theoretische Überlegungen und politische Variablen ergänzt und möglicherweise auch korrigiert werden. Um diese erheblichen Defizite zu überwinden, scheinen insbesondere Theoreme der stärker akteurs- und organisationsbezogenen Demokratisierungsansätze geeignet zu sein, die sich vor allem in der jüngsten Transitionsforschung finden lassen.

*4. Demokratisierungs- und Transitionsforschung:* Aus der Erkenntnis, daß sich die Addition von „demokratiefreundlichen“, sozioökonomischen Entwicklungsindikatoren keineswegs zwingend auf die historische Notwendigkeit einer Demokratisierung hochrechnen lassen, legte D. A. Rustow 1970 als Antwort auf das herrschende funktionalistische Paradigma den Entwurf eines historisch-genetischen Ansatzes zur Demokratisierung vor (Rustow 1970). Am Beispiel der zufällig, und damit beliebig ausgewählten Fälle<sup>4</sup> von Schweden zwischen 1890-1920 und der Türkei nach 1945 konstruiert Rustow ein 4-Phasen-Modell der Demokratisierung: erstens, nationale Einheit als unverzichtbare Vorbedingung; zweitens, ein polarisierender Konflikt zwischen Klassen oder Gruppen um zentrale ökonomische oder politische Fragen; drittens, eine bewußte Etablierung von demokratischen Spielregeln durch „political leaders“ (Rustow 1970: 355); viertens, Einübung und Habitualisierung der demokratischen Spielregeln durch politische Eliten und Wahlbevölkerung. Man kann Rustows wertvollen Hinweis, der Wechsel der Phasen bringe neue Problemlagen hervor und rufe damit neue Akteure auf den Plan, auch gerade am Beispiel der DDR mühelos nachvollziehen. Nicht generalisierbar jedoch ist die idealtypische Sequenz der Demokratisierungsstadien. Vom faktischen Ablauf des Regimewechsels in der DDR wird sie klar dementiert, ja auf den Kopf gestellt: Rustows erste Phase der nationalen Einheit war nicht unverzichtbare Ausgangsbedingung für die Demokratisierung der DDR, sondern sie

wird als Endstufe das Ergebnis des demokratischen Übergangsprozesses sein. Überdies wirken die „externe Variable“ einer demokratischen Staatenwelt in Westeuropa und die Existenz der demokratischen Bundesrepublik, sowie die „interne Variable“ einer vergleichsweise modernen DDR-Gesellschaft, in einem Maße beschleunigend auf die Demokratisierung in der DDR ein, daß die Organisierung, Institutionalisierung und Habitualisierung von demokratischen Prozeduren dort im Zeitraffer verläuft, während die Durchsetzung und Einübung demokratischer Institutionen und Prozeduren in den sich demokratisierenden Staaten der Jahrhundertwende (wie in Rustows Beispiel Schweden) Jahrzehnte benötigte.

Wertvolle theoretische Hinweise und konkrete Ansätze zur Überwindung der Defizite des zu stark abstrahierenden funktionalistischen Ansatzes einerseits und des zur Singularisierung tendierenden historisch-genetischen Zugangs andererseits, sind aus dem großen internationalen Forschungsprojekt „Transitions from Authoritarian Rule“ unter der Leitung von O’Donnell, Schmitter und Whitehead entwickelt worden (O’Donnell/ Schmitter/ Whitehead 1986). Insbesondere Przeworski weist in einem Beitrag zu diesem Projekt auf die Notwendigkeit hin, makro- und mikroorientierte Analyseebenen miteinander zu verbinden (Przeworski 1986: 47ff). Die auf der Makroebene einseitig betonten ökonomischen und sozialen „objektiven“ Bedingungen, so Przeworski’s Argument, können nur als Opportunitätsstrukturen politischen Handelns angesehen werden. Und zum politischen Handeln bedarf es der Akteure, die über bestimmte *Wahrnehmungen Strategien* zur Verfolgung individueller und kollektiver *Interessen* entwerfen und verfolgen. Die Strategien sind jedoch keineswegs zwingend aus der Interessenslage der Handelnden abzuleiten. Sie entwickeln sich vielmehr aus Handlungsoptionen, die sich aus konkreten Akteurskonstellationen und den sich daraus eröffnenden strategischen Wahlmöglichkeiten ergeben. Um zu erklären, welche Akteure im Übergang von einem autoritären Regime zu einer Demokratie auftreten, mit welchen Ressourcen sie ausgestattet sind, welche Ziele sie mit welchen Strategien und welchen Ergebnissen verfolgen, kann folgende Sequenz des Verlaufes von Regimewandlungen eine erste Orientierung geben.

Abb. 1: Regimewechsel in idealtypischer Sequenz



Quelle: Entnommen und vereinfacht auch: Schmitter 1988: 93

An dieser Stelle will ich mich näher nur mit den Phasen des Zusammenbruchs des autoritären SED-Regimes und der Transitionsphase beschäftigen. Dabei sollen die für jede Phase relevanten „Variablen“ (ökonomische, soziale und politische Problemlagen, innen- und außenpolitische Akteure, Machtressourcen, Handlungsoptionen, Handlungsstrategien, Politikfolgen) des Regimewandels benannt werden. Dies gibt mir in Anlehnung an Schmitters vereinfachtes Phasenmodell für die folgende Analyse zwei große Abschnitte vor:

1. Gründe für den Zusammenbruch und Art des Zusammenbruchs des SED-Regimes
2. Die Übergangsphase zur Demokratie

Die Phasenfolge ist idealtypisch. Eine klare zeitliche Abgrenzung der Phasen voneinander ist in der Realanalyse nicht möglich, vielmehr überlappen sich diese. Der Kern einer neuen Phase wird jedoch dadurch deutlich, daß sich neue Akteure, neue Spielregeln, neue Ressourcenverteilungen und Werte durchgesetzt haben. Dies läßt sich insbesondere am Regimewandel der DDR deutlich zeigen.

## *II. Gründe für den Zusammenbruch des SED-Regimes*

### *1. Unterschiede zwischen „westlichen“ und „östlichen“ autoritären Regimes*

Die „westlichen“, nach 1945 entstandenen autoritären Regimes haben ihre Herrschaft nur als *Übergangsregimes* legitimiert und legitimieren können (vgl. O'Donnell/ Schmitter 1986, Part IV: 15). Die kommunistischen Parteien Osteuropas hingegen verstanden ihre politische Herrschaft und die sozialistische Gesellschaftsform nicht als eine transitorische Etappe, nach deren Ende wieder „bürgerlich“-demokratische Verhältnisse etabliert werden könnten. Vielmehr mit einer teleologischen Geschichtsphilosophie ausgestattet, begriffen sie ihre Gesellschaften als Vorstufe zur höchsten und letzten Entwicklungsstufe der menschlichen Geschichte, der klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft. Aufgrund dieses Geschichts- und Gesellschaftsverständnisses waren die autoritären Regimes des real existierenden Sozialismus nach Ordnungsprinzipien aufgebaut, die sie deutlich von den „westlichen“ Diktaturen unterschieden. Die für die Art des Zusammenbruchs der SED-Herrschaft beiden wichtigsten seien im folgenden kurz erwähnt. Anders als die mehr oder weniger marktwirtschaftlich ausgerichteten Ökonomien der Diktaturen in Lateinamerika und Südeuropa war die DDR-Wirtschaft kollektiviert, staatlich geplant und zentral gesteuert. Ein „begrenzter Pluralismus“ (Juan Linz) gesellschaftlicher Kräfte, wie er automatisch mit der Existenz von Marktwirtschaften verbunden ist, konnte sich jenseits der eng gezogenen und variieren-

den Schutzgrenzen für Kirche, Kunst und Literatur unter dem SED-Regime nicht entwickeln. Unternehmer, Unternehmerverbände oder Gewerkschaften — wie auch immer staatlich kontrolliert — existierten nicht oder erfüllten als Transmissionsriemen ausschließlich Regimefunktionen. Die Koppelung von zentraler Kommandowirtschaft und zentralen politischen Kommandostrukturen erschienen den Regimeeliten und Kommunismusforschern als perfekt aufeinander abgestimmt, einander widerspruchsfrei und damit besonders undurchlässig für Liberalisierung und Demokratisierung. Aus dieser unterentwickelten Zivilgesellschaft erschienen kaum kollektive Akteure und Ressourcen gegen das Regime und für eine Demokratisierung mobilisierbar. Ansätze zu einer vorsichtigen Herausbildung einer „civil society“ waren in der zweiten Hälfte der 80er Jahre allenfalls im Bereich der Kultur, Teilen der evangelischen Kirche und unter den sich neu gründenden Basisgruppen zu erkennen (vgl. Glaeßner 1989b: 529; Knabe 1990).

Ebenso von den „westlichen“ autoritären Regimes verschieden, überlebten nach 57 Jahren nationalsozialistischer und realsozialistischer Diktatur in der DDR keine liberalen und demokratischen Restgehalte in Institutionen, die ein institutionsintrinsisches Interesse für eine liberalisierende Öffnung des autoritären Systems hätten wecken können. Die Volkskammer, in Art. 48 der Verfassung zwar als „das oberste staatliche Machtorgan“ bezeichnet, war, wenn überhaupt, nur akklamierend an Gesetzgebungsverfahren beteiligt. Das zentrale Verfassungsgebot der führenden Rolle der SED, deren umfassende Machtfülle und die perfekt institutionalisierte Kontrolle über Blockparteien und Massenbünde machten aus dem DDR-Parlament „die *Volksvertretung der SED*“ (Sontheimer/ Bleek 1975: 106).

Trotz der intensiven staatlichen Durchdringung der Gesellschaft ist es analytisch wenig erhellend, von der DDR als einem totalitären Regime zu sprechen. Zum einen macht es nur begrenzt Sinn, die DDR unter denselben Systemtypus wie die Massenvernichtungssysteme Hitlers und Stalins zu fassen. Zum anderen sehe ich anders als Friedrich/ Brzezinski (1965) totalitäre Regimes nicht als einen Typus sui generis, sondern als den Endpunkt eines Kontinuums autoritärer politischer Systeme, das von teilliberalisierten und begrenzt pluralistischen Regimes zu totalitär organisierten Gesellschaften reicht. Darüberhinaus erscheinen Friedrichs und Brzezinskis sechs Kriterien für totalitäre Diktaturen — Ideologie, Existenz einer einzigen Partei, die von einem einzelnen geführt wird, terroristische Polizei, Monopol der Kommunikationsmittel, Waffenmonopol, zentral gelenkte Wirtschaft — zu wenig ausdifferenziert, um immer sinnvolle Subsumierungen realer Systeme unter den Idealtypus vornehmen zu können. Allein aufgrund des Kriteriums zentral gelenkte Wirtschaft wird weder das faschistische Italien noch das nationalsozialistische Deutschland vor 1941 als totalitäres System bezeichnet werden können, während die DDR und auch die Sowjetunion der frühen Gorbatschow-Phase totalitär genannt werden müssten.

Der Abgrenzungsproblematik von autoritären und totalitären Regimes scheint sich Juan Linz wohl bewußt zu sein, wenn er die nachstalinistischen Systeme der Sowjetunion und Osteuropas wenig originär mit einer hybriden Wortschöpfung als „posttotalitäre autoritäre Regimes“ kennzeichnet (Linz 1986: 64). Für die DDR erscheint mir jedoch auch dieser Begriff nicht ganz zutreffend. Zwar war das Regime unter Walter Ulbricht in den 50er Jahren sicherlich weit terroristischer als jenes der späten Honnecker-Ära, die Wirtschaft wies jedoch im Agrarbereich, aber auch im Handel und der Produktion privatwirtschaftliche Enklaven auf. Die Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft war jedenfalls in der DDR der 80er Jahre umfassender und somit „totaler“, sodaß es unangemessen wäre, in der historischen Entwicklung der DDR vom Übergang eines totalitären zu einem posttotalitären Regime zu sprechen.

Zur Vermeidung solcher historischen Ungenauigkeiten und zur besseren Scheidung von kapitalistischen („westlichen“) autoritären Diktaturen und realsozialistischen („östlichen“) autoritären Diktaturen erscheint mir der Begriff „autoritär-staatssozialistisches“ System für die DDR am treffendsten. Revidiert werden muß auch eine grandiose Fehlprognose der Totalitarismusforschung. Friedrich und Brzezinski verneinten kategorisch die Möglichkeit, daß totalitäre Regimes von innen heraus gestürzt werden können. „Unsere gesamte Analyse des Totalitarismus deutet darauf hin,“ schreiben sie, „daß es unwahrscheinlich ist, daß eine solche ‘Revolution’ unternommen wird, geschweige denn erfolgreich sein kann (Friedrich/ Brzezinski 1965: 628). Diese Meinung dürften die beiden angesehenen Totalitarismusforscher mit den überraschten totalitären Protagonisten des Jahres 1989 in Ostberlin, Prag und Bukarest gemeinsam gehabt haben.

## *2. Gründe für den raschen Zusammenbruch des SED-Regimes*

Przeworski nennt vier grundsätzliche Ursachen, die zur Liberalisierung oder zum Zusammenbruch von autoritären Regimes führen können (Przeworski 1986: 50ff):

- a. Das autoritäre Regime (AR) hat seine selbstgesetzte Zielfunktion verwirklicht und sich damit überflüssig gemacht;
- b. Konflikte im herrschenden Block führen dazu, daß eine Fraktion außerhalb des Blocks neue Unterstützung und Alliierte sucht;
- c. das AR hat seine „Legitimation“ verloren und zerfällt;
- d. außenpolitischer Druck drängt auf demokratische Reformen.

*a. Verwirklichung der Zielfunktion:* Die der Teleologie der marxistisch-leninistischen Geschichtsphilosophie verpflichteten Regimes des real existierenden Sozialismus in Osteuropa hatten nach ihrem im Marxismus-Leninismus gründenden theoretischen Selbstverständnis zwar eine Übergangsfunktion.

Der marxistisch-leninistischen Theorie zufolge kann aber als *endgültige* Zielfunktion nur das Erreichen einer klassenlosen, d.h. der kommunistischen Gesellschaft angesehen werden. Die Diktatur des Proletariats bzw. des realsozialistischen Staates soll in ihr im Hegelschen Sinne *aufgehoben* werden. Dieses Ziel aber war in der DDR der 80er Jahre weder nach Marx' metaphorischer Definition in der „Deutschen Ideologie“ (vgl. MEW, Bd. 3) noch nach der Interpretation der marxistisch-leninistischen Kanoniker der SED erreicht (vgl. Großer, G./ Reißig, R./ Wolter, G. 1988: 282 ff). Im Gegenteil. Nicht das „Absterben staatlicher Herrschaft“, das vorgeblich akzeptierte Ziel der Marxschen Theorie, wurde angestrebt. Freie gesellschaftliche Strukturen und solidarische Assoziationen wurden nicht zugelassen, geschweige denn gefördert. Etabliert wurde dagegen ein omnipotenter Leviathan, der mehr als jede andere Staatsform den Weg zu einer freien Assoziation freier Individuen versperrte. Auch und besonders in dieser Hinsicht hat der real existierende Sozialismus seine ideologisch selbstgesetzte Zielfunktion nicht verwirklicht. Damit fällt Punkt 1 der von Przeworski genannten Ursachen als Erklärungsgrundlage für den Zusammenbruch des SED-Regimes völlig weg.

*b. Konflikte im herrschenden Block:* Hier bezieht sich Przeworski auf eine Ursache für Regimewandel, die insbesondere O'Donnell und Schmitter in Lateinamerika und mit Einschränkung auch in Südeuropa festgestellt haben. Dabei unterschieden beide Forscher idealtypisch zwischen „soft-liners“ und „hard-liners“ unter den Regimeeliten. Eine solche Differenzierung des herrschenden Blocks läßt sich jedoch keineswegs in allen Phasen autoritärer Herrschaft erkennen. Nach O'Donnell sind es typischerweise die besonders erfolgreichen Perioden autoritärer Regimes, in denen sich die herrschenden Eliten in der Frage unterscheiden, wie ihre Interessen zukünftig am besten gewahrt werden können (1986, Part IV: 15ff). „Soft-liners“ halten in solchen Situationen nicht selten bestimmte Reformen zur begrenzten Liberalisierung und Demokratisierung als längerfristig unvermeidlich. Und wenn es schon unvermeidlich ist, hoffen sie, durch eine vorsichtige und kontrollierte Öffnung des autoritären Systems im Bündnis mit moderaten semi-oppositionellen Gruppen an der Macht zu bleiben. Nun läßt sich ein solcher Kalkül auch in Krisenzeiten autoritärer Herrschaft denken. Gerade dann liegen die Motive für „Überlebensbündnisse“ der „Soft-liners“ auch jenseits der engeren Regimegrenzen auf der Hand. Allerdings sind in Krisenzeiten die Chancen für restriktiv kontrollierte Reformen und der Machtverbleib von bestimmten Fraktionen der Regimeeliten viel niedriger als im ersten Falle.

In der DDR erfolgte keine Öffnung des AR auf Initiative von Teilen der SED-Führung. Noch bis zum September 1989 ließen sich im Politbüro keine „soft-liners“ erkennen. Es wurde einheitlich auf Kontinuität gesetzt. Als die Mehrheit des Politbüros Erich Honecker am 12. Oktober zum Rücktritt zwang und Egon Krenz einstimmig zu seinem Nachfolger wählte, ließen sich zum

ersten Mal Unterschiede hinsichtlich der Situationsanalyse und politischen Überlebensstrategie in der SED-Spitze erkennen. Nach und nach wurde die alte Garde der „hard-liners“ aus dem Politbüro und später aus der Partei ausgeschlossen. Am 17.11. wurde Hans Modrow zum Ministerpräsidenten gewählt. Obwohl Modrow noch am ehesten als „soft-liner“ auch vor den dramatischen Ereignissen im Herbst 1989 zu erkennen war, besitzt das Konzept der Risse im herrschenden Block für den Zusammenbruch des SED-Regimes selbst kaum Erklärungswert. Die Politbürokraten Krenz, Schabowski und Lorenz<sup>5</sup> hatten bis zum kollektiven Rücktritt des Politbüros am 3.12.1989 überhaupt nicht mit Regime-externen Gruppen kooperiert. Zu einer paktierten Kooperation zwischen Regimeeliten der zweiten Garde und der Regimeopposition kam es erst, als die Regierung Modrow unter dem Druck von Massenabwanderung und Massenprotest mit dem Runden Tisch (7.12.1989) die aktive Phase der Demokratisierung einleitete.

*c. Legitimationsverlust:* Als weit erklärungskräftiger erweist sich die Variable Legitimitätsverlust des alten AR. Tatsächlich lassen sich auf allen Legitimationsebenen — der ökonomischen, politischen, rechtsstaatlichen, wohlfahrtsstaatlichen, moralisch-kulturellen und nationalstaatlichen — Defizite und Erosionen von Legitimationspotentialen feststellen.

*Ökonomische Legitimationsebene:* Leistungsprofile zentralverwalteter Ökonomien lassen sich nicht umstandslos mit den makroökonomischen Indikatoren von Marktwirtschaften beurteilen. Bei staatlichem Außenhandels-, Valuta- und Preissetzungsmonopol verbergen sich hinter den Bemessungsgrößen ‚Zahlungsbilanz‘<sup>6</sup> und ‚Preissteigerungsraten‘ andere wirtschaftliche Prozesse und Leistungen als in Marktökonomien. Aussagekräftig für die Legitimationsfrage bleiben jedoch die Indikatoren ‚Arbeitslosigkeit‘ und ‚Wirtschaftswachstum‘. Auch wenn man den Statistiken der DDR vielfach Unkorrektheit vorwirft (vgl. Cornelsen 1990: 35), sind sich die meisten Beobachter einig, daß die Arbeitslosigkeit in der DDR vernachlässigbar gering war. Auch das Wirtschaftswachstum<sup>7</sup> erlitt keine sichtbaren Einbrüche in den 80er Jahren: 1980-82: 2,6 %; 1982-84: 5,5 %; 1984-86: 4,3 %; 1986-88: 2,6 % (DDR-Almanach 1989: 66). Selbst die Staatsverschuldung von 130 Mrd. DM (ca. 50 % des Nationaleinkommens) und die Netto-Auslandsverschuldung bei westlichen Banken von 20 Mrd.\$ 1988 sind weder im westlichen noch im östlichen Vergleich<sup>8</sup> dramatisch zu nennen. Aus diesen Indikatoren jedenfalls läßt sich eine fortschreitende Erosion des ökonomischen Legitimationspotentials in den 80er Jahren keinesfalls ablesen. Allerdings verhüllen diese Indikatoren mehr, als sie offenlegen können. Sie zeigen nicht die strukturell angelegte Ineffizienz und begrenzte Innovationsfähigkeit der DDR-Wirtschaft. Der Autarkiewahn setzte die kostensenkenden und effizienzsteigernden komparativen Kostenvorteile der internationalen Arbeitsteilung weitgehend außer Kraft. Er führte zu einem ressourcenverschlingenden Produktionsprofil, in dem beispiels-

weise 50 % des Weltsortiments der metallverarbeitenden Industrie in der DDR selbst (BRD 17 %) unter hohen Kosten hergestellt wurden (vgl. auch den Beitrag von Andreas Busch in diesem Band). Exemplarisch deutlich wurden die Kosten der Autarkiedoktrin noch einmal in den 80er Jahren. Die zentrale Wirtschaftsplanung gab seit Ende der 70er Jahre der Entwicklung der Mikroelektronik absolute Priorität. Ressourcen wurden nicht nur aus dem Konsumgüterbereich, sondern auch aus den meisten Investitionsgüterbereichen umgelenkt. Während sich der Ressourcenabzug für die anderen industriellen Bereiche fatal auswirkte, wurde trotz Mega-Chip der hoffnungslose Wettlauf mit den elektronischen Produkten des Weltmarktes verloren. Selbst im RGW-Bereich wurden DDR-Computer nur begrenzt zum Exportschlager. Die enormen Entwicklungskosten für die Mikroelektronik erwiesen sich als ein zu hoher Preis. Andere zentrale Bereiche wie der Maschinenbau stagnierten, das Verkehrs- und Kommunikationssystem blieb hoffnungslos veraltet, die Innenstädte verfielen weiter, und die ausbleibende Rationalisierung der Produktionsanlagen wurde schlicht durch zusätzliche menschliche Arbeitskraft — u.a. durch „Gastarbeiter“ aus Vietnam und Afrika — kaschiert. In diesem Sinne hatte der Realsozialismus „rund 40 Jahre von der Substanz der bürgerlichen Gesellschaft“ gelebt (Fichter 1990: 56).

Geringer binnenwirtschaftlicher Wettbewerb, fehlende Nachfrageorientierung, hohe Subventionen, mangelnde Motivation der wirtschaftlichen Akteure und ein verzerrtes Preissystem ließen die DDR-Wirtschaft teilweise an den Bedürfnislagen der Bevölkerung vorbeiproduzieren. Zwar war die Grundversorgung gesichert und billig, da hoch subventioniert. Doch auf die vom Westen her geweckten Konsumwünsche der DDR-Bürger war die Produktion nicht eingestellt. Qualität, Sortimentsvielfalt, Produktinnovation, Mode und High-Tech wurden kaum angeboten (vgl. Cornelsen 1990: 36). Daran änderte auch die in den 80er Jahren aus politischen Legitimationsgründen verfolgte Umlenkung von Ressourcen aus der Investitions- in die Konsumgüterindustrie nichts. Dies führte nur zu einem schneller alternden Kapitalstock in zentralen Bereichen des Investitionsgütersektors, während westliche Standards der Konsumprodukte unerreichbar blieben. Denn anders als die SED-Führung, die den wirtschaftlichen Fortschritt immer an den Standards des RGW-Raumes maß und sich mit der eigenen führenden Rolle dort beruhigte, wurden die Konsumwünsche der Bevölkerung von den über die TV-Werbung übermittelten Standards westlicher Produkte geprägt. Für ein Regime, das den Fortschritt selbst sehr stark in produktivistischen Kategorien faßte, mußte dies tagtägliche Legitimationseinbußen zur Folge haben. Als darüberhinaus die DDR-Bürger sich infolge der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltung in der Sowjetunion erstmals ernsthaft für das Land zu interessieren begannen, mit dem sie laut DDR-Verfassung im „unwiderruflichen Bündnis“ standen (vgl. Staritz 1990: 28), und die SED-Führung mit einem rituellen „mit hoher Kontinuität setzen wir unseren bewährten Kurs fort“ sich als besonders reformunwillig in

einer sich ändernden Welt zeigte, gewann die immer schon vorhandene Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen kapitalistischem Westen und sozialistischem Osten, zusätzliche Sprengkraft (Cornelsen 1990: 36).

*Politische Legitimationsebene:* Als sich 1968 die DDR eine neue „sozialistische Verfassung“ gab, beseitigte sie die groteske Kluft zwischen sozialstaatlich-demokratischem Verfassungsrecht und poststalinistischer Verfassungswirklichkeit. Nach einer „Volksaussprache“ erhielt die Verfassung mit der amtlich festgestellten Zustimmung von 94,49 % auch ihre scheindemokratische Legitimation (Lohmann 1989: 468/9). Verfassungsrechtlich legitimiert wurde damit auch die „Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“. Die Zustimmung der Bevölkerung dürfte jedoch kaum systemstützende, legitimationsstiftende Effekte in der Bevölkerung ausgelöst haben, da sie autoritär-plebiszitär, d.h. ohne erkennbare Alternative, weniger eingeholt als eingefordert worden war. Auf dem Hintergrund der marxistisch-leninistischen Staatsdoktrin war von Anfang an klar, daß die führende Rolle der SED nicht zur Disposition stand. Denn die quantitative Mehrheit der Arbeiterklasse, ihre zentrale Stellung im Produktionsprozess und die Rolle der Partei, die die Klasse vor trade-unionistischem Bewußtsein schützte, garantierten die Einsicht in den Gang der Geschichte und damit eine „wissenschaftliche Weltanschauung“.

Die vier kleinen „befreundeten Parteien“ (Honnecker) CDU, LDPD, NDPD, DBD und Massenorganisationen, wie der FDGB, wurden im demokratischen Block zusammengefaßt und in der Nationalen Front der Führung und Kontrolle der Staatspartei SED unterstellt. Während den Blockparteien nur „Konsultativstatus“ (Lohmann 1989: 471) zugestanden wurde, konnte sich der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund nie aus der subalternen Funktion eines Transmissionsriemens der Partei befreien (vgl. Staritz 1989: 301ff). Auf diesem Hintergrund einer vorab festgelegten Funktions- und Machtverteilung konnten Wahlen nicht den Legitimationsgehalt entfalten, der unauflöslich gerade an die Kontingenz ihrer Ergebnisse gebunden ist. Allein die Auswahl der Kandidaten innerhalb der klar festgelegten Proportionen bot den Bürgern nur eine marginale Mitbestimmungschance. In einer so verstaatlichten Gesellschaft standen zwar kontrollierte Partizipationskanäle offen, alternative politische Wahlmöglichkeiten waren jedoch nicht vorgesehen. Demokratische Legitimation für einen Staat kann dort nicht entstehen, wo gesellschaftliche Interessen autokratisch und exklusiv vom Staat definiert, kontrolliert und sanktioniert werden. Die für zentrale Entscheidungen folgenlosen, ritualisierten Partizipationsformen, vermögen dieses Defizit nicht auszugleichen.

Auch die Sozialstruktur der DDR-Gesellschaft wurde fast ausschließlich über obrigkeitstaatliche, politische Machtausübung bestimmt. Mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel und der zentralen Planwirtschaft, d.h. mit der Abschaffung des Marktes, verlor die Wirtschaft weitgehend ihre struktur-

bildende Kraft für die Gesellschaft. Politische Macht trat an ihre Stelle. Aus diesem Grunde läßt sich die DDR-Gesellschaft weder mit den Kriterien der marxistischen Klassenanalyse (Besitz/ Nichtbesitz an Produktionsmitteln) noch mit der Logik des Schichtenkonzeptes (Einkommen, Vermögen, Bildung, Beruf) beschreiben. Es sind die „Distribution der Macht — entsprechend einem ständischen Herrschaftstypus — und die darauf basierenden spezifischen Arten des Gütererwerbs und des Güterkonsums, ..., die die soziologischen Gliederungsgesichtspunkte für die gesellschaftliche Pyramide im Sozialismus bilden“, beschreibt der DDR-Soziologe Artur Meier die Konstruktionsprinzipien der DDR-Gesellschaft (Meier 1990: 10). Die streng hierarchisch gegliederte Ständepyramide hat an ihrer kleinen Spitze eine allmächtige Nomenklatura, gefolgt von dem „bürokratischen Stand“ der mittleren und unteren leitenden Funktionäre der verschiedenen Apparate (Parteiapparat, Staatsapparat, Wirtschaftsapparat, Wissenschaftsapparat, Ideologischer Apparat). Darunter, als dritter Stand, folgt der professionelle Mittelstand und die verbliebenen Relikte einer kleinbürgerlichen Mittelschicht. Die Basis der Pyramide bilden die nominell herrschenden Klassen der Arbeiter, Bauern und kleinen Angestellten, das „gemeine Volk“, wie sie Meier im ständischen Jargon bezeichnet. Innerhalb der einzelnen „Stände“ war Selbstrekrutierung und Kooptation die Regel, vertikale Mobilität die Ausnahme. Gesellschaften jedoch, die sich in geschlossener, politisch vorgeschriebener Form reproduzieren, können nur begrenzte endogene Innovationsfähigkeiten entwickeln. Exogen verursachte Wandlungsimperative werden von einer so konstruierten Gesellschaft negiert. Kann der Staat diese Negation politisch und ökonomisch nicht mehr durchsetzen, muß sich die ständisch gegliederte und daher unterkomplexe Gesellschaft als eine Herausforderung des politischen status quo erweisen. „Das“, schreibt Artur Meier empatisch, „ist die Zeit der sozialen Revolutionen“ (ibid.: 13).

*Rechtsstaatliche Legitimationsebene:* Auch die Ressource der rechtsstaatlichen Legitimation<sup>9</sup> blieb dem DDR-Staat an wichtiger Stelle verschlossen. Der Rechtsstaatscharakter eines Staates muß sich an seiner Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung messen lassen. In der DDR wurden die meisten rechtlichen Regelungen nicht durch das Parlament verabschiedet, sondern durch Verordnungen des Ministerrates erlassen (vgl. Wolf 1990: 252). Die verfassungsrechtlich festgeschriebene Rechtsetzungskompetenz der Volkskammer wurde umgangen. Überhaupt nicht in Frage gestellt wurde die Verfassungskonformität der erlassenen Gesetze. Ein Verfassungsgericht zur Überwachung dieses wichtigen rechtsstaatlichen Grundsatzes gab es nicht.

Rechtsstaatlichkeit ist nicht nur an eine zureichende Bestimmtheit der Rechtsnormen gebunden, sondern v.a. auch an die Möglichkeit der Kontrolle staatlichen Handelns entlang dieser Normen durch unabhängige Gerichte. Die entscheidende Nahtstelle zwischen Bürger und Staat ist das Verwaltungsrecht

und die Verwaltungsgerichtsbarkeit. In der DDR besaß die Verwaltung gegenüber den Bürgern einen fast unbegrenzten Ermessensspielraum. Der einzelne Bürger besaß keine rechtliche Möglichkeit, gegen Verwaltungsakte des Staates zu klagen. Die des öfteren geführte Diskussion über ein sozialistisches Verwaltungsrecht (Staritz 1989: 300; Wolf 1990: 250ff) wurde von der SED-Führung immer wieder unter Hinweis auf die Interessensidentität von sozialistischem Staat und seinen Bürgern abgeblockt.

Auch wenn die „überwiegende Anzahl“ (Wolf 1990: 257) aller Strafsachen und der Fälle im Zivil-, Familien- und Arbeitsrecht in der DDR nach Recht und Gesetz entschieden worden sind, entfalteten zwei zentrale Mängel — das repressive politische Strafrecht und das Fehlen einer Verwaltungsgerichtsbarkeit — besondere delegitimierende Wirkung. Auch wenn die Frage nach dem Rechtsstaatscharakter der DDR für weite Bereiche der Rechtsprechung nicht verneint werden kann, haben aufgrund der genannten Defizite (Gesetzgebung, repressives politisches Strafrecht, fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit) die funktionierenden rechtsstaatlichen Elemente nur wenig Regimeloyalität erzeugen können.

*Wohlfahrtsstaatliche Legitimationsebene:* Unter allen denkbaren Aspekten hält Klaus von Beyme das wohlfahrtsstaatliche Leistungsprofil für den „solidesten Teil“ (1990) der Legitimität des DDR-Regimes. Die individuellen sozialen Lebensrisiken waren im autoritären staatssozialistischen System der DDR weitgehend ausgeschaltet. Dies kann zum einen historisch aus der besonders engen Systemkonkurrenz der beiden deutschen Staaten erklärt werden. Zum anderen erzwingt hier die egalitär ausgerichtete Ideologie des Marxismus-Leninismus am ehesten konkrete Ergebnisse. Tatsächlich hatte die DDR unter den Staaten des RGW-Bereiches auch die anspruchsvollsten wohlfahrtsstaatlichen Leistungen etabliert. Darüberhinaus nahm die DDR-Bevölkerung im deutsch-deutschen Vergleich eigene sozialpolitische Errungenschaften wie das Gesundheitssystem, Kindergärten und das Recht auf Arbeit in ihrem Lande als weiter entwickelt wahr. Insbesondere nach dem Mauerbau offerierte die SED eine Art von „Sozialvertrag“, in dem sie soziale Sicherheit, überschaubares berufliches Fortkommen und ein erträgliches Konsumniveau anbot (Staritz 1990: 23/4). Für die älteren Jahrgänge, die unter der nazistischen und stalinistischen Variante des deutschen Obrigkeitsstaates sozialisiert sowie vom Nachkriegsmangel und den Aufbaumühen geprägt worden waren, konnte ein solcher „Vertrag“ eine gewisse bindende Konvention entwickeln. Doch in dem Maße, so die Argumentation von Dietrich Staritz, in dem die jüngere Generation mit einem gewissen Wohlstand aufwuchs, sich weder des preußischen, nazistischen noch stalinistischen Obrigkeitsstaates aus eigener Erfahrung erinnerte, verblaßte der „sozialgeschichtlich eingeschliffene Hang zur Konformität“ (ibid.: 19). Der „Sozialvertrag“ verlor unter beachtlichen Teilen der jüngeren Generation seine Verbindlichkeit. Die Folgen reichten von

Motivationskrisen bis zur Aufkündigung der passiven Loyalität gegenüber dem Regime.

*Ideologisch-moralische Legitimationsebene:* Der Marxismus-Leninismus hat, in welcher deformierter Form auch immer, den Rahmen des öffentlichen Diskurses abgesteckt, innerhalb dessen die Regimeeliten des real existierenden Sozialismus ihre Politik gegenüber „ihren Untertanen“ (Lukes 1990: 440) zu legitimieren suchten. Als politische Moral ist der Marxismus(-Leninismus) zukunftsorientiert. Er verheißt die Emanzipation von Klassenherrschaft, von Privateigentum, der Irrationalität der Marktbeziehungen, von Entfremdung und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Er verspricht eine Gesellschaft frei von Mangel und Irrationalität. Er projiziert eine Assoziation freier Produzenten, die die Verteilung der Güter nach Maßgabe der Bedürfnisse organisiert. Zum ersten Mal gestalten dann die Menschen bewußt und kollektiv ihre eigene Geschichte, an deren Ende das Reich der Freiheit steht. Diese *objektive* Perspektive, argumentiert Steven Lukes, erfordert eine monistische Ethik, die von den Individuen verlangt, von der Vielfalt der individuellen Interessen und Motivationen abzusehen und den einen objektiven, kollektiven Standpunkt einzunehmen (ibid.: 437). Bleiben unmittelbar sichtbare materielle Erfolge auf dem Weg ins Reich der Freiheit, insbesondere im Vergleich mit den alten „irrationalen“ kapitalistischen Gesellschaften aus, läuft die marxistisch-leninistische Ethik Gefahr, vollends zu einer altruistischen zu werden. Die unmittelbare Gratifikation des Einzelnen besteht dann allein in dem Bewußtsein, eine höhere Moral zu besitzen und auf der Seite der geschichtlichen Wahrheit zu stehen. Eine solche Ethik steht auf tönernen Füßen. Gesellschaften, oder besser, politische Eliten, die sich ihr verpflichten, müssen mittelfristig auch Erfolge vorweisen, die glaubhaft vermitteln können, daß man sich auf dem „richtigen“ Weg befinde. Genau dies vermochten die Systeme des real existierenden Sozialismus auch auf der moralischen Ebene nicht.

In der DDR wurde insbesondere nach der ersten Etappe der Aufbauarbeit die Doppelbödigkeit der Regimemoral immer sichtbarer. Offiziell verkündeten die von der SED ritualisierten Diskurse Fortschritt, Frieden, soziale Gerechtigkeit und die Herstellung egalitärer Lebensverhältnisse. Real etablierten sich separate Konsumptionmärkte, über die die Privilegierten des Regimes Zugang zu der ganzen Produktpalette des westlichen Klassenfeindes hatten (Wandlitz, Intershop-, Exquisit-Läden), während die „führende“ Klasse der Werktätigen für minderwertige Waren aus der sozialistischen Produktion anstehen mußte. Real spürbar war auch der innere Unfrieden. Die vom SED-Regime über Justiz und Staatssicherheit ausgeübte Kontrolle und Repression sollten die Legitimationsdefizite des Ancien Regime kompensieren und zumindest die *passive* Loyalität der Bevölkerung sichern helfen. Die ambivalente Wirkung von Repression wurde dabei auch in der DDR deutlich. Zum einen

vermochte sie die Systemopposition weitgehend zu unterdrücken oder schlicht präventiv auszubürgern, zum anderen trug sie jedoch zur weiteren moralischen Delegitimierung des politischen Systems bei.

Auch wenn bezweifelt werden kann, daß die höhere Moral einer altruistischen Ethik den Verlockungen des augenscheinlich erfolgreicherer Utilitarismus der Marktgesellschaften auf längere Sicht standgehalten hätte, sind mit den moralisch-ideologischen Ressourcen auch jene Legitimationspotentiale preisgegeben worden, die das alte Regime im Demokratisierungsprozeß als „Verhandlungsmasse“ gegenüber der opponierenden Bevölkerung hätte einbringen können. Die Rasananz des Zusammenbruchs und die bruske Ablehnung nunmehr jedweden sozialistischen Gedankenguts in breiten Teilen der Bevölkerung nach dem Fall der Mauer zeigen jedenfalls die weitreichende Diskreditierung sozialistischer Ideen unter der DDR-Bevölkerung.

*Nationalstaatliche Legitimationsebene:* Hier bestanden von Anfang an erhebliche Legitimationsprobleme. Von den klassischen nationalen Identifikationsangeboten Volksnation, Kulturnation, Staatsbürgernation stand der Staatsführung der DDR keines zur plausiblen Verfügung (vgl. Lepsius 1982: 21/2). Der Versuch, dieses Legitimationsproblem zu lösen, führte in den 50er Jahren zu der Doktrin der zwei Staaten in einer Nation. Doch die im Zuge der Ostpolitik Willi Brandts „drohende Intensivierung der politischen Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten“ (Meuschel 1988: 79) führte zu erhöhtem Abgrenzungsbedarf für das SED-Regime. So wurde die DDR noch in der späten Ulbricht-Phase als sozialistischer deutscher Nationalstaat bezeichnet<sup>10</sup>.

In dem Bestreben, ein DDR-Nationalbewußtsein jenseits der Identifikationsangebote Volks-, Kultur- und Staatsbürgernation zu wecken, versuchte die SED-Führung über das „Kriterium der Gleichheit der Klassenlage“ eine kollektive Identitätsbildung zu ermöglichen. Die „*Klassennation*“, in der die Legitimationsfigur Sozialismus die Legitimationsfiguren Volks- und Kulturnation mehr ersetzte, als daß sie sich mit ihnen verband, sollte „sowohl ein Kriterium zur Rechtfertigung der Außengrenzen, wie der Binnenordnung der DDR sein“ (Lepsius 1982: 22). Wenn dies auch von den Parteiideologen *emphatisch als ein Prozeß* beschrieben wurde, in dem die „Nation an sich“ zur „Nation für sich“ kam, wurde dieses Identifikationsangebot von der DDR-Bevölkerung auf dem Hintergrund der o.g. anderen Legitimationsdefizite kaum als hinreichende Verhaltensorientierung akzeptiert.

*d. Außenpolitischer Druck:* Für ein autoritäres System, dem liberaldemokratische Verfahrensweisen qua definitione nicht oder kaum als legitimitionsstiftende Ressource zur Verfügung stehen, in dem rechtsstaatliche Garantien des Bürgers gerade an der entscheidenden Nahtstelle des Schutzes gegenüber dem Staat ihre Grenzen finden, können die dargestellten Legitimationsmängel insbesondere dann als destabilisierend wirken, wenn sich verbündete autori-

täre Nachbarstaaten *sichtbar* reformieren. Die Reformen in Ungarn, Polen und der Sowjetunion beendeten nun auch offiziell die Fiktion einer homogenen politischen Entwicklung im sozialistischen Lager. Ermöglicht wurden diese eigenständigen Entwicklungen von der endgültigen Aufgabe der Prinzipien des „sozialistischen Internationalismus“ und der Breschnew-Doktrin, die sich in Etappen von 1987 bis 1989 vollzog (vgl. Hacker 1990a: 35/6). Erst der Wegfall einer Interventionsgefahr der Warschauer Pakt-Truppen machte die Reformen und Regimewechsel in Osteuropa und der DDR überhaupt denkbar. Spätestens nach Gorbatschows Rede anlässlich der 40-Jahr-Feier der Deutschen Demokratischen Republik am 6. Oktober 1989 konnten DDR-Bevölkerung wie SED-Spitze davon ausgehen, daß die in der DDR stationierten sowjetischen Truppen (380 000 Mann) nichts tun würden, um die Protestaktionen gegen das Regime zu unterdrücken (vgl. Hacker 1990b: 8).

Gleichzeitig erzeugten die Perestroika in der UdSSR, die Erfolge von Solidarnosc in Polen und die marktwirtschaftlichen Reformen in Ungarn eine Art Ansteckungseffekt unter der DDR-Bevölkerung. Daß sich in dieser Situation die SED-Führung als besonders reformunwillig zeigte, — Honnecker: „mit hoher Kontinuität setzen wir unseren erfolgreichen Kurs fort“ —, führte zweifellos zu einer akuten Zuspitzung der latenten Legitimationsdefizite. In dieser Phase wird in der DDR ein geradezu klassischer Fall einer Krise der Politik-anpassung deutlich. Einen Fall, den Schmitter et al. zu den prominenten Krisenursachen autoritärer Regimes rechnen.

### *III. Legitimationsdefizite und Massenprotest*

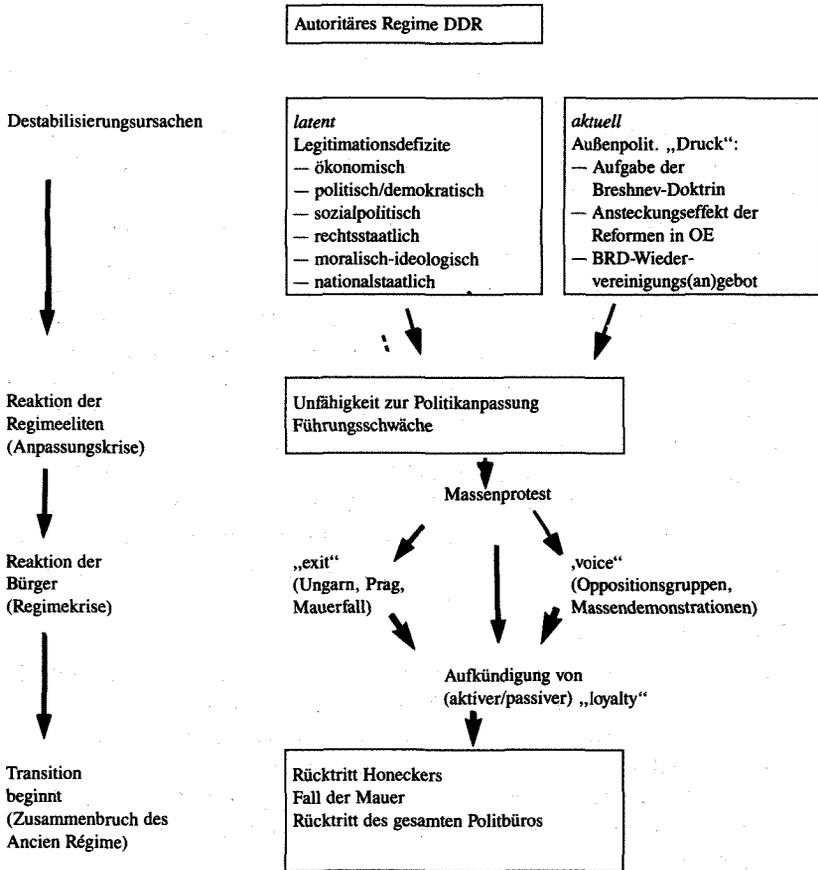
Doch der Mangel an und die Erosion von Legitimation hat keineswegs automatisch den Zusammenbruch eines Regimes zur Folge. Gälte eine solch eherne Regel, müßte erklärt werden, warum die DDR 40 Jahre lang Bestand hatte. Legitimationsprobleme bestanden immer, spätestens jedoch mit dem Bau der Mauer und dem Verblässen der heroischen Traditionen und Mythen des Antifaschismus der Aufbauphase. Erklärungsbedürftig ist der Zusammenhang von Legitimationsdefiziten des Systems und der Logik von Abwanderung und Widerspruch. Legitimationskrisen eines Systems können zwar die zugrundeliegenden Motive für kollektives Handeln erklären, nicht jedoch dieses selbst. Dies kann erst die kontextangemessene Verknüpfung von systemtheoretischen Überlegungen mit akteurstheoretischer Handlungslogik leisten. Entscheidend für Überlebensfähigkeit oder Bestandsgefährdung von politischen Systemen ist, ob reale, kalkulierbare und zu bevorzugende Alternativen existieren, die die Bürger veranlassen können, dem Regime die aktive und passive Loyalität zu entziehen. „What matters for the stability of any regime“, schreibt Przeworski, „is not the legitimacy of this particular system of domination but the

presence or absence of preferable alternatives“ (Przeworski 1986: 52). Die Konturen solcher Alternativen zeichneten sich dann im Herbst 1989 deutlich ab. Als Ungarn die „Grenzsicherungsgemeinschaft“ mit der DDR im September aufgab, eröffnete sich erstmals nach 1961 eine „Exit“-Option, die von den Bürgern genutzt werden konnte und massenhaft genutzt wurde. Der durch die Reformunwilligkeit der Honnecker-Führung gesteigerte Druck der Unzufriedenheit innerhalb der DDR und der durch das latente Wiedervereinigungs(an)gebot der BRD erzeugte Sog wirkten in diesem historischen Moment zusammen und führten zu einem Massenexodus insbesondere junger DDR-Bürger. Die SED-Spitze, die durch die Krankheit Honneckers und die nicht geklärte Nachfolgefrage zudem noch in einer Führungskrise steckte, erwies sich als unfähig, die Massenabwanderung (Ungarn, Warschau, Prag, Mauerfall) zu stoppen.

Die Handlungsunfähigkeit des Regimes gegenüber diesem „Exit“ ermutigte zugleich die interne Systemopposition in der DDR, ihre „voice“ zu verstärken (vgl. Hirschmann 1970). Gleichzeitig kam es zu ersten Massenprotesten der in den vergangenen Jahrzehnten politisch apathischen Bevölkerung. Solche kollektiven politischen Aktionen bedürfen jedoch der Erklärung. Dabei spielten kleine oppositionelle Gruppen (Friedens-, Umwelt-, Kirchengruppen), die sich unter dem Dach der evangelischen Kirche zusammengefunden hatten, keine organisatorisch führende, aber als „neue soziale Bewegungen“ sicherlich eine katalysierende Rolle. Als deutlich wurde, daß der einst allmächtige Staat weder die Massenabwanderung stoppen noch den beginnenden Protest mit Repression unterdrücken konnte, wuchs der interne Massenprotest an. Mit dem Anwachsen des Protests verringerte sich das vormals hohe individuelle Handlungsrisiko der Protestierenden. Neben massenpsychologischen Mobilisierungseffekten war es v.a. auch dieser nunmehr veränderte individuelle Kosten-Nutzen-Kalkül des einzelnen Demonstranten, der die Zunahme kollektiver Protestaktionen auch über eine rationale Handlungslogik erklärbar macht. In dem Maße, wie die Risiken der einst strafrechtlich geahndeten Republikflucht und der inneren Proteste massenhaft, d.h. geradezu kollektiv übernommen wurden, zeigte sich die Verwundbarkeit und Instabilität eines zentralistisch organisierten politischen Systems, dem alle relevanten gesellschaftlichen Subsysteme (Wirtschaft, Recht, Wissenschaft etc.) administrativ untergeordnet waren. Die enge Koppelung dieser Subsysteme untereinander, die vielen Kommunismusforschern in der Vergangenheit als eine Garantie für bestimmte Stabilität schien, hat in der akuten Krise zweifellos den Zusammenbruch des gesamten Herrschaftssystems beschleunigt.

Das historische Subjekt der Revolution soll jedoch keineswegs hinter einem abstrakten systemtheoretischen Argument verschwinden. Zu Fall gebracht haben das Regime, das sei hier noch einmal pointiert gesagt, die abwandernden Übersiedler und die protestierenden Massen in der DDR. „Exit“ und „voice“ gemeinsam führten zu einer massenhaften Aufkündigung der zur Bestander-

**Abb. 2: Der Zusammenbruch des autoritär-staatssozialistischen Systems der DDR**



haltung des Regimes notwendigen „loyalty“. Wie im Zeitraffer brachen tragende Säulen des Ancien Regime zusammen: Dem erzwungenen Rücktritt Honneckers folgte der Fall der Mauer und am 3. Dezember der kollektive Rücktritt und die staatspolitische Entmachtung des SED-Politbüros. Spätestens ab diesem Zeitpunkt begann die Transitionsphase.

#### *IV. Transition: Vom Regimewandel zur Selbstliquidation eines Staates*

O'Donnells und Schmitters These, „je kürzer und unerwarteter der Regimewandel autoritärer Herrschaft sich vollzieht, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit von Massenaufbruch und dessen bleibender Einfluß auf die Ergebnisse der Transition“ (1986: 54/ 5), kann für die Demokratisierung in der DDR nur für eine kurze Phase, d.h. nicht einmal bis zu den Volkskammerwahlen im März 1990, Geltungsanspruch erheben. Danach traten andere Akteure als die oppositionelle Avantgarde und mobilisierten Massen in den Vordergrund, bestimmten neue Regeln und andere Ressourcen die Entwicklung.

In diesem kurzen Zeitraum treten sechs politische Akteure auf, die, unterschiedlichen Interessen mit unterschiedlichen „Strategien“ folgend, unterschiedliche Wirkung entfalten. Dabei verwende ich den Akteursbegriff in einem sehr weiten Sinne. Nicht alle der u.g. „Akteure“ sind in ihrer Zusammensetzung homogen genug oder verfügen über eine Führung, die sie befähigen würde, klar definierte, über akzeptierte Entscheidungsregeln zustande gekommene gemeinsame Ziele in eine kollektive Strategie umzusetzen (z.B. Übersiedler, Blockparteien). Was den Akteursbegriff hier dennoch rechtfertigt, sind die voneinander unterscheidbaren kollektiven Wirkungen, die Handlungen dieser Gruppen und Individuen — ex post betrachtet — auf den Gang der Ereignisse hatten.

Diese Akteure sind:

- die weniger, bzw. kaum diskreditierten Eliten des alten Regimes: die Regierung Modrow und die neue SED-Führung unter Gregor Gysi;
- die alten Blockparteien, die unter neuen Führungen sukzessive auf Distanz untereinander und zum alten Partner SED gehen;
- die am Runden Tisch zunächst kooperierenden Oppositionsgruppen (Neues Forum, Vereinigte Linke, Demokratie Jetzt), Grüne Partei, Demokratischer Aufbruch, SDP (SPD);
- die protestierenden Massen (Demonstrationen);
- die abwandernden Massen („Übersiedler“);
- BRD: Regierung, Parteien.

Die drei letztgenannten Akteure, die protestierenden Massen, die abwandernden Übersiedler und die Bundesregierung mit ihrer sozialpolitischen Prämiierung der Abwanderung und dem Wiedervereinigungs(an)gebot, erzeugten den aktuellen Problem- und Zeitdruck, unter dem die Akteure DDR-Regierung, Block- und Oppositionsparteien politisch bindende Entscheidungen vorzubereiten und zu treffen hatten. Unter diesen Bedingungen kam es kurzfristig zu einem bedingt kooperativen Spiel, das die Züge einer „paktierten Transition“ annahm. Dabei ließ sich die offizielle Regierung (Modrow) die fehlende demokratische Legitimation von dem umfassend pluralistisch besetzten Run-

den Tisch, der sich seinerseits im Tausch Einfluß auf die Regierungspolitik sicherte. Für die SED war es ein verzweifelter Versuch, noch weiterhin an der Macht beteiligt zu werden, während es jedoch für ihre zeitweiligen Partner klar war, daß es eine Kooperation nur bis zu den Wahlen geben könne und der Spieler SED, später PDS, dann aus dem Spiel auszuscheiden habe.

Abb. 3: Die Teilnehmer am „Runden Tisch“

Neue Parteien und Organisationen	Alte Parteien und Organisationen
Initiative „Vereinigte Linke“	SED (ab 16.12.89: SED/PDS; ab
SDP (ab 13.1.90: SPD)	4.2.90: PDS)
Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“	LDPD (ab 1.2.90: LDP)
Bürgerbewegung „Neues Forum“	NDPD
Grüne Partei	DBD
Initiative Frieden und Menschenrechte	CDU
Grüne Liga	Verein d. gegens. Bauernhilfe (VdGB) –
Bäuerl. Unabh. Frauenverband	Organ d. Genossenschaftsbauern u. -
Partei „Demokratischer Aufbruch“	gärtner sowie Träger d. Bäuerl.
	Handelsgenossenschaften
	FDGB

Dem zentralen „Runden Tisch“ gehörte auch ein Vertreter des Sorbischen „Runden Tisches“ an, wodurch die nationale Minderheit der Sorben beteiligt war.

Außerdem nahmen als Beobachter teil: Mitglieder des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), des Verbandes der Konsumgenossenschaften und der Umweltschutzpartei.

nach: Fischer Weltalmanach: DDR, S. 187

Die politischen Entscheidungen von Regierung und Runden Tisch erwiesen sich zeitlich nur von begrenzter Relevanz. Der „Doppelherrschaft“ von Runden Tisch<sup>11</sup> und Regierung Modrow blieb wenig mehr als eine Nachlaßverwaltung und Teilentsorgung der Regimealtlasten, Entwürfe für einen Verbund der beiden deutschen Staaten auszuarbeiten, einen Verfassungsentwurf (konsuell) zu verabschieden und insbesondere die Wahlen zur Volkskammer vorzubereiten. Je mehr die Entwicklung auf die vorgezogenen Wahlen zutrieb, desto stärker verloren Regierung und Runder Tisch an Einfluß und Macht. Spätestens, als die demokratische Partizipationsforderung „Wir sind *das* Volk“ von dem Wiedervereinigungswunsch „Wir sind *ein* Volk“ überlagert wurde, schwand der Einfluß der kleinen Parteien der Systemopposition in dem Maße, wie der direkte Zugriff der bundesrepublikanischen Akteure auf den Gang der

Ereignisse wuchs. Demokratietheoretisch nur bedingt legitimiert durch die Vereinigungsforderung breiter Teile der DDR-Bevölkerung, begannen die politischen Parteien (Ausnahme: Die Grünen) und die Regierung der Bundesrepublik, die politische Agenda in der DDR massiv zu beeinflussen. In dieser Phase wird die Kooperation zwischen Runden Tisch und Regierung Modrow, aber vor allem auch die Zusammenarbeit der alten Blockparteien und der Oppositionsgruppen immer schwieriger. Für die CDU (Ost) und LDPD verhielt sich eine rasche, wendehäufige Konversion zur Regimeopposition erhebliche strategische Vorteile für die Demokratisierungsphase. Es bildeten sich neue grenzüberschreitende Koalitionen, die die politische Arena wesentlich veränderten.

Die Machtverschiebung unter den einzelnen Akteuren wurde vor allem durch eine Verlagerung der politischen Ressourcen verursacht. Dabei nützte es der SED wenig, noch über ein gewaltiges Parteivermögen und einen ausgedehnten Parteiapparat verfügt zu haben. Als Hauptverantwortliche des repressiven Realsozialismus war ihr in so unmißverständlicher Weise die Unterstützung der DDR-Bevölkerung entzogen worden, daß die Enthüllung der Korruptionsaffären, die geschlossene Front der BRD-Medien und der politischen Kräfte in BRD und DDR den vor den Volkskammerwahlen schon sicheren Machtverlust nur noch beschleunigten. Am Anfang schien es noch, als würden die alten Blockparteien die aktive Stützung des alten Regimes mit erheblichem Machtverlust oder gar ihrem Untergang bezahlen müssen. Ohne ihre Vergangenheit politisch aufzuarbeiten, wechselten sie nur ihre engste Führungsspitze und präsentierten sich dann als demokratische Parteien mit zumindest für die CDU überragendem Erfolg, wie die ersten freien Parlamentswahlen im März 1990 zeigten<sup>12</sup>. Am Schicksal der Blockparteien wird noch einmal der „überwältigende“ Einfluß der bundesrepublikanischen Parteien in den beiden letzten Monaten vor den Märzahlen deutlich. Es „überlebten“ jene alten Regime-Parteien in der Deutschen Demokratischen Republik, die rasch über eine Schwesterpartei in der BRD demokratische Legitimität noch vor den Wahlen importieren und suggerieren konnten und massive materielle wie politische Unterstützung fanden. Dies gilt für die LDPD (ab 1.2.1990 LDP, später FDP) und insbesondere für die CDU, die nach massiver Unterstützung durch ihre Schwesterpartei und die Bundesregierung nach den Wahlen zur Volkskammer zur dominanten politischen Kraft der DDR aufstieg. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) fanden keine größeren Schwestern im westdeutschen Parteiensystem. Ihr Weg in die Bedeutungslosigkeit war damit vorgeplant.

Die beiden Parteineugründungen SDP (später SPD) und DSU waren nicht durch eine Regime-Vergangenheit kompromittiert. Beide erhielten massive Unterstützung von ihren jeweiligen Schwesterparteien SPD und CSU. Während die rechtskonservative Deutsche Soziale Union in der ersten Demokra-

tisierungsphase nur eine bescheidene Rolle innehatte, zählte die SDP/SPD zu einer der wichtigsten politischen Kräfte am Runden Tisch. Ihr strategischer Nachteil gegenüber der Ost-CDU war, daß die Schwesterpartei SPD-West sich in der Opposition befand und zudem in Oskar Lafontaine einen Kanzlerkandidaten besaß, der sich gegen eine rasche Einigung der beiden deutschen Staaten ausgesprochen hatte. Beides bezahlte die SPD-Ost mit einer deutlichen Wahlniederlage, die ihnen eine auf D-Mark und Einigung drängende Bevölkerung beibrachte.

Nicht vorprogrammiert, aber dennoch erklärbar ist der rasche Bedeutungsverlust jener Gruppierungen und Parteien, die in Opposition zum SED-Regime entstanden sind und die friedliche Revolution in hohem Maße initiiert haben. Das Bündnis 90, ein Zusammenschluß von Neuem Forum, Demokratie Jetzt und der Initiative für Frieden und Menschenrechte, spielte sowohl bei der Mobilisierung der ersten großen Massendemonstrationen als auch später am Runden Tisch eine wichtige Rolle. Nicht diskreditiert durch die Kollaboration mit dem System des repressiven Staatssozialismus und legitimiert durch die mutige Opposition gegenüber der SED-Herrschaft verkörperten sie den besseren Teil der Politischen Kultur innerhalb der DDR-Gesellschaft. Ihr machtpolitisches Defizit war es, in der Bundesrepublik keinen relevanten Partner gefunden zu haben; ihr strategischer „Fehler“ lag in der „Schrulle“; angesichts des marktwirtschaftlichen Triumphes immer noch an einen dritten Weg jenseits von Kapitalismus und Staatssozialismus zu glauben. Ihre Perspektive, die staatliche Eigenständigkeit der DDR zumindest für eine längere Übergangsphase beizubehalten, war für die überwiegende Mehrheit ihrer Mitbürger nicht akzeptabel. Spätestens als jene Massen, die zu riskanteren Zeiten geschwiegen hatten, plebiszitär „Deutschland einig Vaterland“ skandierten, wurde deutlich, daß auch eine friedliche Revolution ihre Kinder frißt. Das Bündnis 90 ging aus den ersten freien Wahlen, zu deren Zustandekommen es mehr als alle anderen beigetragen hatte, als eine Splitterpartei hervor.

Die ersten demokratischen Wahlen gelten in der Transitionsforschung als eine wichtige Zäsur, mit der der demokratische Übergang mehr und mehr von der demokratischen Konsolidierung abgelöst wird. Sie bilden eine Voraussetzung dafür, daß demokratische Verhaltensmuster, die sich ad hoc herausgebildet haben, in stabile Strukturen überführt werden können. In dieser beginnenden Konsolidierungsphase wird über den regelhaften Zugang zu politischen und ökonomischen Ressourcen entschieden, die Zulassung von politischen Akteuren definiert und das Procedere von politischen Entscheidungen nach verbindlichen Regeln festgelegt. Aufgrund dieser Initiativfunktion werden die ersten freien Wahlen als „founding elections“ bezeichnet (vgl. O'Donnell/ Schmitter 1986: 57ff). Die Märzahlen in der DDR waren jedoch infolge ihres Ergebnisses beides: „founding and dissolving elections“. Als „founding elections“ begründeten sie den Beginn der Etablierung von demokratischen Institutionen

und Prozeduren; als „dissolving elections“ gaben sie Startschuß und Auftrag zur Liquidation des Staates DDR selbst. Die Bundesregierung wurde damit endgültig zum dominierenden Akteur der demokratischen „Transition“ und Konsolidierung in der DDR und des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses.

Damit kam ein Prozeß zum vorläufigen Abschluß, dessen Beginn sich in dem Wechsel der Slogans von „wir sind *das* Volk“ zu „wir sind *ein* Volk“ symbolisch angekündigt hatte. In nur wenigen Wochen hatte sich in der Mehrheit der DDR-Bevölkerung eine Verschiebung der Präferenzhierarchie von Demokratie und nationaler Einheit vollzogen. Es zeichnete sich ab, daß die trotz vorangegangener autoritär-staatssozialistischer Zerstörungsarbeit in der demokratischen Revolution entstehende Zivilgesellschaft zunächst kaum zur Blüte gelangen wird. Die sich aus der „volksdemokratischen“ Vereinheitlichung lösende „civil society“ hatte offensichtlich die von Rudolf Bahro für die repressiv-realsozialistischen Staaten diagnostizierte Produktion von Subalternität (Bahro 1977) nicht völlig abschütteln können. „Die gerade erst leer gewordene Stelle der Macht“, schrieben dazu Dubiel/ Frankenberg/ Rödel, „droht bei einem Teil der Mitglieder der sich herausbildenden Zivilgesellschaft durch die identitäre Symbolisierung der ‚Nation‘ von neuem überwuchert zu werden“ (Frankfurter Rundschau vom 2.1.1990: 11). Auch wenn dieser Überwucherung stärker ökonomische als nationalistische Motive zugrunde liegen mögen (Habermas: „D-Mark-Nationalismus“), ist die weitgehende Delegation der eigenen gesellschaftlichen Probleme in die Hände einer anderen staatlichen Macht, nämlich jener der Bundesrepublik Deutschland, zu konstatieren. Auch wenn diese staatliche Macht eine zweifelsfreie demokratische Legitimation besitzt, verfügte sie über diese für das Territorium der DDR nur begrenzt. Bei aller positiver Beurteilung des dadurch beschleunigten Regimewandels, bleibt festzuhalten, daß die Mehrheit der DDR-Bevölkerung nicht bereit war, den eigenen gesellschaftlichen Raum in eigener gesellschaftlicher Verantwortung zu definieren. Man begnügte sich mit der sofortigen und vorbehaltlosen Übernahme eines Gesellschaftsmodells, das mit Recht als erfolgreicher und freier als das gerade überwundene angesehen wurde, dessen Folgen für die eigene Zukunft man jedoch nur unzureichend einschätzen konnte.

#### Anmerkungen:

- 1 Hier soll keineswegs schlicht im funktionalistisch-deterministischen Sinne der Modernisierungstheorie argumentiert werden, daß die Globalisierung der Märkte und die Modernisierung der nationalen Gesellschaften die Öffnung und das Ende der autoritären Regimes zwangsläufig zur Folge haben mußten. Die unterschiedliche Art der „Abdankung“ der Diktaturen und der nachfolgenden Demokratisierung weist auf die differentielle Wirkung unterschiedlicher *nationaler politischer* Faktoren hin. Auch soll hier

- nicht behauptet werden, die Demokratie hätte sich nun endgültig in Lateinamerika durchgesetzt. Die sozialen und ökonomischen Probleme sowie empirische Befunde der Vergangenheit bieten zudem Argumente, in LA eher von einem zyklischen Ablaufmodell von Demokratie und Diktatur auszugehen. Dennoch zeigte sich, im Sinne unseres allgemeinen Argumentes, daß sich zu Beginn der 80er Jahre die autoritären politischen Regimes in Lateinamerika als dysfunktional zur Lösung der ökonomischen (und sozialen) Probleme erwiesen und damit eine zentrale Legitimationsressource verloren.
- 2 Vgl. zur Darstellung und Kritik der sozialpsychologischen (und anderer) Ansätze insbes.: Beyme, K. von, 1973: 3-39, insbes. 20f; Rittberger, V., 1973: 39-80, insbes. 40ff.
  - 3 Glaeßner ähnlich urteilte auch der „Westforscher“ Weidenfeld noch 1989 in dem Einführungsartikel zu einem Deutschland-Handbuch: „Stabilität wurde auch zum Signum des zweiten deutschen Staates in Deutschland. Die Erwartungen, angesichts der fehlenden Legitimation werde die DDR langfristig nicht existenzfähig sein, erwiesen sich als Irrtum“. (Weidenfeld, W., 1989: Deutschland 1989: Konturen im Rückblick auf vierzig Jahre, in: Weidenfeld, W./Zimmermann, H. (Hrsg.), 1989: Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn: 17.
  - 4 Rustow: „The choice of these two is accidental-except in terms of an autobiographical account...“. (Rustow 1970: 350).
  - 5 Krenz, Schabowski und Lorenz spielten eine gewisse Rolle bei der Ablösung von Erich Honnecker. Wenn überhaupt suchten sie jedoch nur im Politbüro in den allerletzten Regimetagen nach Verbündeten. Sie als „Verschwörertrio“ (Spiegel Nr. 17/ 1990: 95) zu bezeichnen, erscheint überzogen. Zu den letzten Tagen des Politbüros vgl. die unter Mithilfe von Günter Schabowski verfaßte aufschlußreiche Spiegel-Serie: „Wie Erich Honnecker und sein Politbüro die Konterrevolution erlebten“, in: Der Spiegel, Nr. 16/17/ 18/1990.
  - 6 Die DDR-Statistik hat über manche Daten gar nicht berichtet. So etwa über die Zahlungsbilanz und die Verschuldung aus dem Außenhandel (vgl. Cornelsen 1990: 35).
  - 7 Das hier gemessene Nationaleinkommen ist die wichtigste Erfassungs- und Meßgröße der gesamtwirtschaftlichen Leistungen. Es entspricht in begrenztem Maße dem „Netto-sozialprodukt zu Marktpreisen“ in westlichen Volkswirtschaften.
  - 8 Die Hartwährungsverschuldung (netto) betrug im Polen 37 Mrd. \$, in Ungarn 20 Mrd. \$.
  - 9 Vgl. dazu die 4 klassischen Legitimationsebenen moderner demokratischer Systeme: Rechtsstaat, Nationalstaat, demokratischer Staat, Wohlfahrtsstaat, in: von Beyme 1990: 6ff.
  - 10 1968 hatte sich die DDR in Art. 1 der neuen Verfassung als „ein sozialistischer Staat deutscher Nation“ definiert. In der Verfassungsrevision von 1974 wurde aus Gründen der weiteren Abgrenzung dieser Passus gestrichen und durch Art. 6 ersetzt, in dem die DDR als „untrennbarer Bestandteil der sozialistischen Staatenwelt“ bezeichnet wird.
  - 11 Zur Arbeitsweise und Ergebnissen des Runden Tisches siehe die aufschlußreichen, teilnehmenden Beobachtungen von Uwe Thaysen, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1/ 1990: 71-100; 2/ 1990: 257-308.
  - 12 Wie unvollständig auch diese Auswechslung an der Spitze der alten Blockparteien vollzogen wurde, machte der Fall des alten und neuen Justizminister Kurt Wünsche (LDPD) deutlich. Wünsches Vergangenheit als Justizminister in der ausgehenden Ulbricht-Ära (1967-1972) und seine Verteidigung der stalinistischen Rechts„reformen“ unter seiner Vorgängerin Hilde Benjamin erschienen dem christdemokratischen Ministerpräsidenten Lothar de Maiziere kein Hindernis, ihn 1990 erneut zum Justizminister zu ernennen. Ähnliches galt auch für den Wirtschaftsminister der de Maiziere-Regierung Gerhard Pohl. Der CDU-Spitzenpolitiker hatte zuvor seiner Partei und dem SED-Regime über 20 Jahre treu in der Volkskammer gedient.

## Literatur:

- Bahro, R., 1977: *Die Alternative*, Frankfurt.
- Berg, H. von / Loeser, F. / Seiffert, W., 1987: *Die DDR auf dem Weg in das Jahr 2000*, Köln.
- Beyme, K. von (Hrsg.), 1973: *Empirische Revolutionsforschung*, Opladen.
- Beyme, K. von, 1990: *Transition to Democracy — or Anschluß? The Two Germanies and Europe*, in: *Government and Opposition*, Heft 2, 170-91.
- Bleek, W., 1990: *Wenn das Objekt einer Wissenschaft sich auflöst*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 11.5., 13.
- Cornelsen, D., 1989: *Die Volkswirtschaft der DDR: Wirtschaftssystem — Entwicklung — Probleme*, in: Weidenfeld, W. / Zimmermann, H. (Hrsg.), *ibid.*, 258-75.
- Cornelsen, D., 1990: *DDR-Wirtschaft: Ende oder Wende?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2, 33-38.
- Dahl, R., 1971: *Polyarchy. Participation and Opposition*, New Haven/ London.
- Der Fischer Welt Almanach, 1990: *Sonderband DDR*, Frankfurt.
- DiPalma, G., 1990: *Transitions: Puzzles and Surprises from West to East*, Paper presented to the Conference of Europeanists, Washington.
- Dubiel, H. / Frankenberger, G. / Rödel, U., 1990: „Wir sind das Volk“, in: *Frankfurter Rundschau* vom 2.1., 11.
- Fichter, T., 1990: *Magnetwirkung*, in: *Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*, Heft 1, 55-58.
- Friedrich, C.J. / Brzezinski, Z., 1965: *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge/ Mass., insbes. 15-27.
- Glaeßner, G.-J. (Hrsg.), 1988: *Die DDR in der Ära Honnecker. Politik — Kultur — Gesellschaft*, Opladen.
- Glaeßner, G.-J., 1989a: *Die andere deutsche Republik. Gesellschaft und Politik in der DDR*, Opladen.
- Glaeßner, G.-J., 1989b: *Der politische Prozeß in der DDR*, in: Weidenfeld, W. / Zimmermann, H. (Hrsg.), *ibid.*, 509-35.
- Glaeßner, G.-J., 1990: *Vom „realen Sozialismus“ zur Selbstbestimmung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2, 3-20.
- Gransow, V., 1990: *Zivilgesellschaft und demokratische Frage*, in: *Das Argument*, Heft 2, 149-54.
- Großer, G. / Reißig, R. / Wolter, G. (Hrsg.), 1988: *Wissenschaftlicher Sozialismus*, Berlin.
- Habermas, J., 1990: *Die nachholende Revolution*, Frankfurt.
- Hacker, J.U., 1990a: *Michail Gorbatschow und die engere „sozialistische Gemeinschaft“*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 19-20, 30-39.
- Hacker, J.U., 1990b: *Lange wurde die Existenz einer Deutschen Frage in Moskau geleugnet*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28.5., 8/9.
- Hirschmann, A.O., 1970: *Exit, Voice and Loyalty*, Cambridge.
- Knabe, H., 1990: *Politische Opposition in der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2, 21-32.
- Kraus, P.A., 1990: *Elemente einer Theorie postautoritärer Demokratisierungsprozesse im südeuropäischen Kontext*, in: *PVS*, Heft 2, 191-213.
- Krumwiede, H.W., 1985: *Revolutionstheorien*, in: Nohlen, D. / Schultze, R.-O. (Hrsg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 2, München, 873-75.
- Lepsius, M.R., 1982: *Nation und Nationalismus in Deutschland*, in: Winkler, H.A. (Hrsg.), *Nationalismus in der Welt von heute*, Göttingen, 12-27.

- Linz, J., 1986: Autoritäre Regime, in: Nohlen, D. / Schultze, R.-O. (Hrsg.), *Pipers Wörterbuch zur Politik*, Bd. 1, München, 62 ff.
- Lukes, S., 1990: Die Prinzipien von 1989, in: *Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte*, Heft 5, 438-48.
- Lohmann, U., 1989: Legitimation und Verfassung in der DDR, in: Weidenfeld, W. / Zimmermann, H. (Hrsg.), *ibid.*, 468-87.
- Marx, K., 1957: Die deutsche Ideologie, MEW, Bd.3, Berlin.
- Marx, K., 1957: Zur der politischen Ökonomie, MEW, Bd. 13, Berlin, 3-160.
- Meier, A., 1990: Abschied von der sozialistischen Ständegesellschaft, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16-17, 3-14.
- Merkel, R., 1990: Wahnbild Nation, in: *Die Zeit vom 9.3.*, 52.
- Merkel, W., Vom Ende der Diktaturen zum Binnenmarkt 1993. Griechenland, Portugal und Spanien auf dem Weg zurück nach Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 51 / 1990, 3-14.
- Meuschel, S., 1988: Auf der Suche nach Madame L, Identité? Über deutsche Identität in der Bundesrepublik und der DDR, in: Glaeßner, G.-J. (Hrsg.), *ibid.*, 77-93.
- Nohlen, D., 1986: Militärregime und Redemokratisierung in Lateinamerika, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 9, 3-16.
- O'Donnell, G. / Schmitter, Ph. / Whitehead, L. (Hrsg.), 1986: *Transitions from Authoritarian Rule*, 4 Bände, Baltimore.
- Polanyi, K., 1977: *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ansprüche von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt.
- Przeworski, A., 1986: Problems in the Study of Transition to Democracy, in: O'Donnell, G. / Schmitter, Ph. / Whitehead, L. (Hrsg.), *ibid.*, 47-63.
- Pye, L., 1966: *Aspects of Political Development*, Boston.
- Pye, L., 1990: Political Science and the Crisis of Authoritarianism, in: *American Political Science Review*, Heft 1, 3-17.
- Rittberger, V., 1973: Über sozialwissenschaftliche Theorien der Revolution — Kritik und Versuch eines Neuansatzes, in: Beyme, K. von (Hrsg.), *ibid.*, 39-80.
- Rustow, D.A., 1970: Transitions to Democracy, in: *Comparative Politics*, Nr. 2, 337-63.
- Schmitter, Ph. C., 1988: *The Consolidation of Democracy in Southern Europa*, Ms. Stanford.
- Sontheimer, K. / Bleek, W., 1975: *Die DDR*, Hamburg.
- Staritz, D., 1988: „...wie die Luft zum Leben“, in: Glaeßner, G. (Hrsg.), *ibid.*, 297-313.
- Staritz, D., 1990: Ursachen und Konsequenzen einer deutschen Revolution, in: *Der Fischer Weltalmanach*, *ibid.*
- Thaysen, U., 1990: Der Runde Tisch. Oder wer war das Volk? Teil I und II, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, Heft 1, 71-100; und Heft 2, 257-308.
- Weidenfeld, W. / Zimmermann, H. (Hrsg.), 1989: *Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989*, Bonn.
- Wielgoß, J. / Schulz, M., 1990: Reformbewegung und Volksbewegung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 16-17, 15-24.
- Wolf, F., 1990: Ist die DDR ein Rechtsstaat?, in: Knabe, H. (Hrsg.), *Aufbruch in eine andere DDR*, Reinbeck, 249-58.